

Ich verspreche Ihnen unter allen Umständen die Unparteilichkeit [im Manuskript Unparteiisheit. D. S.], die meine Pflicht ist. Andererseits kann ich aber nicht versprechen, daß ich nicht eines Tages als Privatschriftsteller — sobald ich es für absolut durch das Interesse der Arbeiterbewegung diktiert halte — offene Kritik an dem Lassalle'schen Aberglauben üben werde, wie ich es seinerzeit an dem Proudhon'schen gethan habe.

Indem ich Sie persönlich meines besten Willens für Sie versichere  
Ihr ergebener K. Marx.

\* \* \*

Es ist bei Gelegenheit des jüngsten Londoner Kongresses wieder viel von Marx'schem Autoritarismus oder gar Zäsarismus geredet worden, obwohl die Leute, die so redeten, in große Verlegenheit gekommen wären, wenn man sie ersucht hätte, doch gefälligst auch nur einen Satz von Marx zu zitiren, der ihn als „autoritären Staatssozialisten“ erscheinen ließ. Soweit das Gerede nicht auf purer Einbildung oder Erfindung von Leuten beruht, die überall „Staatsknechtschaft“ sehen, wo nicht die Abschaffung des Staates als das A und O aller sozialpolitischen Weisheit gepredigt wird, stützt es sich auf Aeußerungen, die nicht von Marx, sondern von angeblichen oder vermeintlichen Dolmetschern seiner Ideen herrühren. Marx selbst hat weder Staatskultus, noch Antistaatlerei, weder Autoritätskultus, noch Autoritätsfeindschaft gepredigt, denn mit solchen Allgemeinheiten ist gar nichts gesagt. Sie dienen nur der inhaltslosen Phrase, der Gedankenverfleisterung, dem Schwindel. Auf den Stand der Entwicklung, den konkreten Fall kommt alles an. Wie wenig aber im konkreten Falle Marx für bürocratisches Leithammeln der Arbeiterklasse war, wie sehr er an der Heranbildung und Gewöhnung der Arbeiter zur Selbstständigkeit hielt, zeigt unter vielen gedruckten und ungedruckten Aeußerungen dieser Brief, der schon deshalb und wegen der noch heute sehr beherzigenswerthen Bemerkungen über das Verhältniß von Sektens- und Klassenbewegung einen Sonderabdruck rechtfertigen dürfte. —eb.

## Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

Von F. R. Sorge.

### 1. Die Republikaner.

Das Jahr 1896 ist ein Schaltjahr und in den Vereinigten Staaten ein Präsidentenwahljahr. Das Schaltjahr bringt einen Tag mehr als die gewöhnlichen Jahre, das Präsidentenwahljahr bringt eine oder einige Aufregungen, Dummheiten oder Schlechtigkeiten mehr als andere Jahre. Das politische Leben, die Oeffentlichkeit richtet sich in solchem Jahre nach der Präsidentenwahl, konzentriert sich auf den Stimmenfang dafür, sucht nach Maßregeln, um die Massen zu interessiren, bildet und erfindet Phrasen, um das Volk zu ködern. Alles wirbt um die Gunst des Volkes!

Zuerst sind da die Konventionen oder Delegirtenversammlungen der verschiedenen politischen Parteien, das Ringen der Kandidaten um die Nomination und die Aufstellung des Programms, der „Plattform“ in amerikanischem Deutsch. Dann kommen die Vorbereitungen zur Wahlkampagne: die Beschaffung von Geldmitteln, die Herstellung der Kampagneliteratur, die Auswahl der Redner und deren Vertheilung auf die einzelnen Landestheile — was meistens im Juli und August geschieht. Darauf folgt die eigentliche Wahlkampagne, die großen Massenversammlungen, Umzüge, Redeturniere zc. im September, Oktober und bis zum Vorabend des Wahltags. Die Wahlhandlung selbst findet statt am ersten

Dienstag nach dem ersten Montag des Monats November, also zwischen dem 2. und 8. November, in diesem Jahre am 3. November.

Sehen wir uns zuerst die Parteien an.

Es giebt jetzt in den Vereinigten Staaten drei bürgerliche Parteien: die republikanische, die demokratische und die sogenannte Volks- oder populistische Partei.

Die republikanische Partei ist die Partei der Bourgeoisie par excellence. Unter ihrem Regime hat sich die amerikanische Industrie zur Rivale derjenigen der Alten Welt entwickelt. Die republikanische Partei hat das Schutzollsystem gefördert bis zum — Mac Kinley-Tarif, und sie zehrt auch von dem etwas faden-scheinigen Ruhme, die Sklaverei abgeschafft zu haben. Unter der Herrschaft der republikanischen Partei hat sich die amerikanische Bourgeoisie zu voller Blüthe, d. h. bis zu beispielloser öffentlicher Korruption, entwickelt, haben sich die weltbekanntesten Trusts gebildet und sind die zahlreichen Multimillionäre der Neuen Welt entstanden; ja! man kann mit Recht sagen, daß die republikanische Partei in der Züchtung von Millionären Unübertreffliches geleistet hat. Die Kriegskasse der republikanischen Partei ist darum meistens wohlgefüllt und nicht leicht zu erschöpfen, und es war auf der diesjährigen Konvention nicht allzu schwer, die nöthige große Zahl von Stimmen für die Goldwährung zu gewinnen.

Die demokratische Partei ist im Allgemeinen die Partei des kleinen Mannes im Norden und die Partei der Weißen im Süden. Ein großer Theil der Lohnarbeiter im Norden stimmt meistens für die demokratische Partei, während, und oft auch weil ihre Ausbeuter zur republikanischen Partei gehören. Im Süden sind die Mitglieder der herrschenden weißen Klasse, die alten Sklavenhalter und ihr Gefolge, Anhänger der demokratischen Partei, während die Regier zur republikanischen Partei halten und die ärmere weiße Bevölkerung in letzter Zeit Miene macht, in das populistische oder republikanische Lager abzuschwenken. Die demokratische Partei hat freihändlerische Neigungen und Vergangenheit und deshalb liebäugelt die Handelswelt mit ihr, aber die hohe Finanz und die Industriellen gehören, mit geringen Ausnahmen, der republikanischen Partei an. Das Volkwerk der demokratischen Partei bildeten bisher die südlichen Staaten, dasjenige der republikanischen Partei die weltlichen Staaten und Neu-England; einige Mittelstaaten des Ostens, wie New York und New Jersey, und einige Zentrumsstaaten, wie Indiana, Illinois und Michigan, waren die meist unstrittenen Gebiete, in deren Händen gewöhnlich die Entscheidung lag.

In den letzten Jahren ist die demokratische Partei sehr geschwächt worden durch ihre inkonsequente Haltung im Kongreß, und das Volk, der große Himmel, hat sie verantwortlich gehalten für den Finanzkrach von 1893 und die darauf folgende kommerzielle und industrielle Depression, so daß sie (die demokratische Partei) im gegenwärtigen Repräsentantenhaus weniger als ein Drittel der Mitglieder zählt und im Senat nur durch Gefälligkeit der Populisten oder gewisser Silberrepublikaner etwas erreichen kann. Die republikanische Partei hingegen hat 1894 einen glänzenden Sieg auf der ganzen Linie errungen und beherrscht das Repräsentantenhaus, während im Senat die Entscheidung in den Händen der Populisten liegt, da weder die Republikaner noch die Demokraten eine Mehrheit haben. In diese Lage der Dinge, in diese Situation der alten Parteien tritt nun als zersetzendes Element die Währungsfrage, zersetzend, weil sie beide alten bürgerlichen Parteien insitzirt hat bis zu drohendem Zerfall, wie an dem Verlauf der Konventionen zu ersehen.

Abgesehen von den bestehenden bürgerlichen Parteien, verhalten sich die einzelnen Landestheile zur Währungsfrage im Allgemeinen wie folgt. Für Gold-

währung sind die Neuengland-Staaten und die östlichen Mittelstaaten New York, New Jersey, Pennsylvanien, Delaware und Maryland. Für Silberwährung sind die Staaten des fernen Westens, vor allen Dingen die sogenannten Silberstaaten Colorado, Nevada, Idaho, Wyoming, Montana und Utah, dann der größte Theil der südlichen Staaten, sowie Kansas und Nebraska. Von den Zentrumsstaaten neigen sich Ohio, Wisconsin und Minnesota mehr der Goldwährung zu, während Indiana, Iowa, Michigan und Illinois zweifelhaft und sehr umstritten sind. Diese Verhältnisse sind für beide alten Parteien ziemlich gleich. In der republikanischen Konvention neigten sich die Zentrumsstaaten Ohio, Illinois u. v. von vornherein dem reichen Osten und der Goldwährung zu, und der hohen Finanz war es ein Leichtes, das republikanische Votum des Südens, die Neger, aufzukaufen, worauf alle anderen, bis auf die Silberstaaten, einschwenkten. Auf der demokratischen Konvention herrschte ursprünglich nahezu das gleiche Verhältnis zur Währungsfrage, wie auf der republikanischen Konvention, aber Neuengland und die östlichen Mittelstaaten blieben allein, denn die hohe Finanz ließ sie im Stich, theils weil sie an der republikanischen Partei genug zu haben glaubte, theils auch, weil die südliche Delegation auf der demokratischen Konvention — die herrschgewohnten Weißen der alten Sklavenstaaten — nicht für ein Trinkgeld zu haben war, wie die mit dem Stimmrecht beschenkten Neger der republikanischen Konvention.

Zu den zwei ersten bürgerlichen Parteien, der demokratischen und der republikanischen, ist in den letzten zehn Jahren eine dritte bürgerliche Partei hinzugegetreten, die sogenannte Volks- oder populistische Partei, die sich aus dem in den achtziger Jahren emporstrebenden Bauernbund — Farmers Alliance — entwickelt, im Jahre 1894 bereits ungefähr zwei Millionen Stimmen errungen und in einigen Staaten, wie Kansas, Nebraska, Colorado u. d. Herrschaft theilweise oder ganz erlangt, auch verschiedene Mitglieder in den Senat der Vereinigten Staaten entsandt hat. Ursprünglich verlangten sie nur Schutz der bäuerlichen Interessen durch Errichtung von staatlichen Depots für Produkte der Agrikultur und Einschränkung der Eisenbahnprivilegien. Wo sie stark genug waren, beschnitten sie auch die Rechte der Hypothekeneinhaber und machten diesen das Leben sauer, aber zuletzt kamen sie, wie die Agrarier aller Länder, auf die Panacee der Geldverschlechterung und verlangten Silberwährung, um ihre Goldschulden mit Silber abzustoßen.

Die Spuren dieser neuen Partei sind schon in den sechziger Jahren, während des Sezessionskriegs und unmittelbar nach demselben, zu finden in dem Haß der Kleinbürger gegen die emporkommenden Großbürger, dem Haß der damaligen Handwerker, Bauern und Krämer, die mit geringwerthigem Papiergeld abgepeißt und stark besteuert wurden, gegen die Kapitalisten, die für ihre Staatspapiere Gold zogen, sogar, soweit es diese Staatspapiere betraf, steuerfrei waren und sich vom Kriegsdienst, von der Aushebung durch Geld oder Stellvertreter loskaufen konnten. Aus diesen unzufriedenen Elementen bildete sich Ende der sechziger Jahre die sogenannte Greenbackpartei, an der die National Labor Union zu Grunde ging, und ihre Ueberbleibsel gehören zur gegenwärtigen populistischen Partei. Das Wachsthum derselben in den westlichen und südlichen Staaten zwang die alten Parteien zur Anerkennung und in den letzten Jahren häufig zu Kartellen, wobei im Süden die Republikaner, im Westen die Demokraten gemeinsame Sache mit den Populisten machten. Im Zentrum des Landes hat diese populistische Partei nicht viel Boden gewinnen können, in Neuengland und den östlichen Mittelstaaten fast gar keinen, da hier die industriellen Arbeiter zu zahlreich sind und das Proletariat instinktive Abneigung gegen Geldverschlechterung

hat. Das Gros der populistischen Partei bilden die in arger Bedrängniß befindlichen Kleinbauern des Westens von Kansas bis Dakota. Ihnen schließt sich an ein starker Prozentsatz der südlichen Bevölkerung, und in verschiedenen Theilen des Landes machen die Kleinbürger gemeinsame Sache mit den Kleinbauern.

Die erste Konvention, diejenige der republikanischen Partei, wurde vom 16. bis 20. Juni in St. Louis abgehalten, in der Stadt, die kaum drei Wochen vorher von einem entsetzlichen Sturme heimgesucht worden war, dem Hunderte von Menschenleben und viele Millionen von Eigenthum zum Opfer gefallen. Die Politiker kümmerten sich nicht darum, sondern fabrizirten ein Programm.<sup>1</sup> Zunächst hält es der demokratischen Partei ein langes Sündenregister vor und rühmt die Thaten der republikanischen Partei während der langen Jahre ihrer Herrschaft. Sie (die republikanische Partei) „erneuert und betont ihr Festhalten an der Politik der Schutzölle . . . in ihrer verständigen Anwendung ist diese Politik gerecht, billig und unparteiisch, fremder Kontrolle und einheimischem Monopol gleichmäßig entgegnetend“; die Erneuerung und Ausdehnung der Reziprozitätsverträge wird verlangt; „Schutzzoll und Reziprozität sind Zwillingsschutzmaßnahmen der republikanischen Parteipolitik“; „Schutzölle beleben einheimische Industrie und Handel und sichern den einheimischen Markt für uns selbst; Reziprozität hebt den Handel mit dem Ausland und findet einen Markt für unseren Ueberfluß (surplus)“; die gegenwärtige Regierung wird des Wortbruchs beschuldigt gegen die Zuckerproduzenten des Landes (Louisiana); den Produzenten von Wolle (den Schafzüchtern) und Wollenwaaren wird voller Schutz versprochen und zum Wiederaufbau der amerikanischen Handelsmarine werden Differentialzölle und Gebühren verlangt; „die republikanische Partei ist ohne Rückhalt für gesundes Geld (sound money). . . . Wir opponiren unausgesetzt jeder Maßregel, die geeignet ist, unsere Umlaufsmittel zu entwerthen oder den Kredit unseres Landes zu schädigen. Wir opponiren deshalb der freien Silberprägung, ausgenommen durch internationales Uebereinkommen mit den leitenden Handelsnationen der Welt, und verpflichten uns, ein solches Uebereinkommen zu befördern; und die bestehende Goldwährung muß aufrecht erhalten werden, bis ein solches Uebereinkommen erlangt werden kann. All unser Silber und Papiergeld muß auf gleichem Werthe mit Gold erhalten werden. . . .“ Die Veteranen des Sezessionskriegs sollen gut und generös behandelt werden. „Unsere auswärtige Politik sollte stets fest, kräftig und würdig sein und alle unsere Interessen in der westlichen Hemisphäre sorgfältig beobachtet und geschützt werden.“ „Die Hawaiiischen (Sandwich-) Inseln sollten von den Vereinigten Staaten kontrollirt und keiner fremden Macht gestattet werden, sich dareinzumischen. Der Nicaragua-Kanal sollte von den Vereinigten Staaten gebaut, besessen und betrieben werden und durch den Ankauf der Dänischen Inseln sollten wir eine gute und sehr nöthige Marinestation in Westindien erlangen.“ Gegen die Grael in Armenien wird protestirt und amerikanischen Bürgern und amerikanischem Eigenthum überall voller Schutz zugesichert; die Monroe doktrin wird bestätigt. „In die Angelegenheiten der gegenwärtigen Besitzungen europäischer Mächte auf dieser Hemisphäre haben wir uns nicht gemischt und werden wir uns nicht mischen, aber diese Besitzungen dürfen unter keinem Vorwand ausgedehnt werden. Wir blicken hoffnungsvoll auf den eventuellen Rückzug der europäischen Mächte von dieser Hemisphäre und auf die endliche Vereinigung aller englischredenden Theile dieses

<sup>1</sup> Die Programme sind so lang, daß nur die wichtigsten Stellen wörtlich wiedergegeben sind.

Kontinents durch die freie Zustimmung ihrer Einwohner.“ Sympathie mit Cuba wird ausgesprochen. „Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte ihren Einfluß und ihre guten Dienste eifrig verwenden, um Frieden herzustellen und der Insel Unabhängigkeit zu verschaffen.“ Es wird ferner verlangt die Herstellung einer starken Kriegsmarine, die strenge Durchführung der Einwanderungsgesetze und der Ausschluß aller des Lesens und Schreibens unkundigen Einwanderer; Protest wird erhoben gegen die barbarische Praxis des Lynchens, die Einsetzung eines nationalen Schiedsgerichts für Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern im Zwischenstaatsverkehr und ein befriedigendes Heimstätten-gesetz gefordert; „wir sympathisieren mit allen weisen und legitimen Anstrengungen, um die Uebel der Unmäßigkeit zu verringern und aufzuheben und die Sittlichkeit zu fördern“; „die republikanische Partei gedenkt der Rechte und Interessen der Frauen. Der Schutz der amerikanischen Industrie begreift in sich gleiche Ansprüche, gleiche Zahlung für gleiche Arbeit und Schutz des Heims. Wir begrüßen die Zulassung von Frauen in größere Sphären nützlicher Thätigkeit und bewillkommen ihre Mitwirkung zur Erlösung des Landes von demokratischer und populistischer Mißverwaltung und Mißregierung.“<sup>1</sup> Das Programm schließt mit dem „vollen Vertrauen, daß die Wahl der republikanischen Partei Sieg und dem Volke der Vereinigten Staaten Prosperität bringen wird“.

Senator Teller von Colorado brachte an Stelle des von der Geld- und Währungsfrage handelnden Paragraphen einen Minoritätsantrag ein zu Gunsten der Silberwährung und Prägung, der mit 818 gegen 105 Stimmen verworfen wurde. Das Programm im Ganzen wurde dann einstimmig angenommen, worauf die Delegationen von Colorado, Idaho und Utah und verschiedene Delegirte von Dakota, Montana und Nevada ihren Austritt erklärten, die Konvention verließen und in einer ziemlich langen Proklamation ihre Handlungsweise zu rechtfertigen, der Silberwährung neue Anhänger zu gewinnen suchten. — William Mac Kinley von Ohio, der bekannte Schutzollanwalt, wurde hierauf mit großer Majorität als Kandidat für das Amt des Präsidenten und Garret A. Hobart von New Jersey für das Amt des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellt.

Der Fabrikantenbund — the manufacturers association — der Vereinigten Staaten hatte während des Frühjahrs im ganzen Lande eine eifrige Agitation zu Gunsten Mac Kinleys unterhalten und dafür gesorgt, daß die überwiegende Mehrheit der Delegirten bindende Instruktionen für die Nomination Mac Kinleys erhalten hatte. Da Mac Kinleys Stellung zur Währungsfrage und seine darauf bezügliche Thätigkeit im Kongreß eine recht zweideutige war, raffte sich im letzten Augenblick die Bank- und Handelswelt auf und setzte unter beträchtlichen Opfern als Gegengewicht gegen die ihnen mißliebige Person Mac Kinleys den Paragraphen über die Geld- und Währungsfrage durch. Mit einem gewissen Humor wird erzählt, wie die Negerdelegationen aus dem Süden mit 50 bis 500 Dollars aufgekauft wurden, um für „Gold“ zu stimmen. Den „respektablen“ Amerikanern ist die Kandidatur Mac Kinleys unangenehm, weil er, während seiner Amtsführung als Gouverneur des Staates Ohio, persönlich einen schlimmen Bankerott machte, aus dessen Folgen ihn Freunde und Parteigenossen erretteten. — Der republikanische Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten, G. A. Hobart, ist ein einflußreicher Politiker und hochsalarirter Eisenbahnanwalt im Staate New Jersey.

<sup>1</sup> Dies bezieht sich auf Vorgänge in Colorado und anderwärts, wo die Frauen gegen die Populisten gestimmt hatten.

## 2. Die Demokraten.

Die demokratische Partei hielt ihre Konvention vom 7. bis 11. Juli in Chicago ab. Der einflussreichste und angesehenste Mann der Konvention war Gouverneur Altgeld von Illinois. Ihm ist der Inhalt des Programms zu danken, und es ist Vielen ein Räthsel, wie dieser hochgeachtete, kluge Mann die Vaterchaft der Freisilberprägung übernehmen konnte, da es doch kaum anzunehmen ist, daß sein Haß und seine nur zu berechtigte Verachtung des Selbstadambeters und feisten Spießbürgers Cleveland ihn allein dazu bewogen haben sollte. Sein außerordentlicher Einfluß auf die demokratische Konvention war eine bittere Bille für nahezu die gesammte große Presse des Landes, die sich seit seiner Begnadigung und Rechtfertigung der verurtheilten Chicagoer Anarchisten (1893) und seit seinem Angriff auf den Präsidenten Cleveland wegen dessen Intervention in dem Chicagoer Eisenbahnausstand (1894) darin gefallen hatte, ihn als Aufwiegler, Anarchisten und Revolutionär zu bezeichnen und zu beschimpfen. Neben ihm verschwanden die alten Politiker, wie Hill und Whitney von New York, Cottison von Pennsylvania, Gorman von Maryland und Andere mehr vollständig und fanden gar keine Beachtung mehr. Altgeld, obwohl selbst Politiker, erschien auf der demokratischen Konvention als Volksmann im echten Sinne des Wortes, wie kein Anderer, und verdankte diese, bei Politikern so seltene, Anerkennung nicht bloß seiner ausgezeichneten Verwaltung des Staates Illinois und seiner warmen Sympathie mit den Bestrebungen der Arbeiter im Allgemeinen. Diese letzteren Erwägungen hatten ihm aber auf der demokratischen Konvention des Staates Illinois 14 Tage vorher, am 23. Juni, eine beispiellose Ovation und eine glänzende unabweisbare Wiedernominirung verschafft, die ihn über alle Größen der demokratischen Partei des ganzen Landes erhob. In seiner Rede an die Staatskonvention von Illinois in Peoria, einer Art von Rechenschaftsbericht, sagt er unter Anderem:

„Vor vier Jahren saß unser Volk unter heiterem Himmel; das Land war jener (der republikanischen) Regierungspolitik müde, welche die Wenigen mächtig, die Vielen arm machte. In Illinois empörte sich die Bevölkerung gegen die Einmischung des Staates in die persönlichen Angelegenheiten der einzelnen Bürger. Wir versprachen demokratische Regierung in Bundessachen und geschäftlich ehrliche Verwaltung in Staatsfachen. Das Volk nahm uns beim Wort und schenkte uns sein Vertrauen und wir eroberten das Land mit einer solchen Majorität, daß treues Festhalten an den demokratischen Prinzipien uns die Herrschaft auf ein Vierteljahrhundert gesichert hätte. Aber noch ehe die Inaugurationsfeierlichkeiten in Washington beendet waren, wandte sich das Haupt der neuen Administration (Cleveland) fremden Göttern zu, verfocht fremde Prinzipien. Er rief in seinen Rath Propheten, die nichts von Demokratie kannten und nichts von den Prinzipien der Vorväter. Das Volk wurde aufgefordert, sich vor Altären zu beugen, vor denen zurückzuschrecken es früher gelehrt worden war. Die Interessen des Geldes wurden über die Interessen der Humanität gestellt. Organisirte Habsucht wurde mit goldenem Löffel aufgepäppelt, während der Nothschrei des Ackerbauers keine Beachtung fand, der Schweiß des Arbeiters ihm kein Brot brachte. . .“

Von der Saatzverwaltung sagt er:

„Vor vier Jahren machte die Demokratie der Bevölkerung dieses Staates gewisse Versprechungen. Das Volk nahm sie an und vertraute mich mit der Regierung, und ich freue mich, im Stande zu sein, Ihnen sagen zu können, daß, soweit dieser Staat in Betracht kommt, diese Versprechungen getreulich gehalten worden sind. Die fähigen Männer und Frauen, die mit den verschiedenen Departements der Staatsregierung in Verbindung standen, haben sich bemüht, den

höchsten Erwartungen gerecht zu werden. Alle Departements im Kapitol (dem Regierungsgebäude zu Springfield, Illinois) befinden sich in ausgezeichnetem Zustande. Ich habe nicht die Zeit, in Einzelheiten einzugehen, aber die Institutionen unseres Staates sind, vom wissenschaftlichen, geschäftlichen, fortschrittlichen und humanen Standpunkt aus betrachtet, unübertroffen in der ganzen Welt und jeder Bürger dieses Staates, gleichviel, welcher Partei er angehört, darf stolz auf dieselben sein. . . .“

Er weist noch besonders hin auf die Reformen in der Verwaltung der Gefängnisse und lehnt eine Wiederwahl ab mit Hinblick auf seine untergrabene Gesundheit und darauf, daß er durch die Verwaltung des Staates gezwungen gewesen, seine Privatangelegenheiten zu vernachlässigen und deshalb finanziell heruntergekommen sei und fährt fort:

„Ich habe dem Staate vier der besten Jahre meines Lebens gewidmet und habe das Beste gethan, was ich vermochte. Ich wünsche nicht länger ein Amt inne zu haben. . . . Ich habe nicht den Ehrgeiz, ein Parteiführer und prominent in der Politik zu sein. . . . Bereit zu thun, was ich kann, um meinem Lande zu dienen . . . muß ich darum ersuchen . . . daß mir gestattet werde, mich zurückzuziehen. . . .“

Nicht enden wollenber Beifall folgte der Rede Altgelds.

Ueber den weiteren Verlauf berichtet ein Gegner Altgelds in der demokratischen Partei an die „Illinois-Staatszeitung“:

„Altgeld wurde unter dem Ausbruch einer geradezu einzig dastehenden Begeisterung als Kandidat für das Gouverneursamt wieder aufgestellt. Die Delegation sprangen von ihren Sitzen empor, schwenkten ihre Hüte und brachen in schiefer nicht endemvollende Jubel- und Hochrufe aus. . . . Selten noch habe ich etwas Feierlicheres, Nachdrucksvolleres gehört, als die Ankündigung des Gouverneurs war, in welcher er den Grund gegen seine nochmalige Bewerbung erklärte. Seine Rede war, wenn man von der darin enthaltenen Silberverblendung ab sah, eine überaus meisterhafte Schilderung der politischen Lage. Als er an die Stelle kam: ‚Ich bin nicht in der Verfassung, einen Wahlfeldzug durchzumachen, da es mit meiner Gesundheit<sup>1</sup> immer mehr bergab geht, wurde er durch laute Rufe aus allen Theilen des Hauses unterbrochen: ‚Sie müssen, Sie müssen!‘ (you must.) Und als er mit den Worten schloß: ‚Ich wünsche von der Acceptirung dieser Nomination entbunden zu werden, brach ein förmlicher Sturm von Seiten der Zuhörer los, in welchem nichts als die Worte: ‚Nein! Nein! Nein!‘ erschollen, und als sich der Sturm gelegt hatte, brach die Menge in Hochrufe aus. Der Gouverneur sah dem Vorgange mit sichtlich Spannung zu und derselbe machte augenscheinlich einen tiefen Eindruck auf ihn. Wohl Jedem hätte sich die Brust voll stolzen Selbstgefühls gehoben, dem eine so aus innerster Ueberzeugung hervorquellende Ehrung zu Theil geworden wäre. War doch diese Ehrung das denkbare herbeiteste Zeugniß für die Fähigkeit des Gouverneurs, ein Führer des Volkes zu sein, und für die Achtung, mit welcher seine Anhänger und Freunde ihm huldigten. . . .“

Der Gouverneur wird die Nomination annehmen.“

Zurück zur demokratischen Konvention!

Das Programm der demokratischen Konvention erklärt sich vorerst emphatisch für Freiheit der Rede, der Presse und des Gewissens, für die Bewahrung der persönlichen und der Staatenrechte und für die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze; die Konstitution nenne Gold und Silber als die Münzmetalle der Vereinigten Staaten; das Gesetz von 1873, das Silber ausschloß, habe den

<sup>1</sup> Altgeld ist körperlich sehr leidend.

Werth des Goldes erhöht, alle Waarenpreise erniedrigt, Steuern und öffentliche und Privatschulden vermehrt, die Geldleiherklasse des In- und Auslandes bereichert, die Industrie gelähmt und das Volk verarmt; Goldwährung sei britische Politik, mache andere Nationen finanziell abhängig von London, sei nicht bloß unamerikanisch, sondern antiamerikanisch und ersticke den Geist der Unabhängigkeit und Freiheitsliebe, der den Unabhängigkeitskrieg gewonnen. „Wir verlangen die freie und unbefränkte Prägung von beiden Metallen, Gold und Silber, in dem gegenwärtigen gesetzlichen Verhältniß von 16 zu 1, ohne auf den Beistand oder die Zustimmung irgend einer anderen Nation zu warten. Wir verlangen, daß der (standard) Silberdollar volles gesetzliches Zahlungsmittel, gleich mit Gold, sei für alle öffentlichen und Privatschulden, und wir begünstigen den Erlass von solchen Gesetzen, die künftig die Entwerthung irgend welchen gesetzlichen Zahlungsmittels durch private Verträge verhindern.“<sup>1</sup> Schuldscheine der Vereinigten Staaten sollen nach dem Belieben der Regierung in Silber oder Gold einzulösen sein; in Friedenszeiten sollen keine Schuldscheine der Regierung ausgegeben werden; der Kongreß allein dürfe Geld und Münzen schlagen und ausgeben; den (Privat-) Nationalbanken sei die Ausgabe von Banknoten zu entziehen; Zölle seien nur zu erheben, um Einnahmen zu erzielen; die angedrohte Wiedereinführung des Mac Kinley-Tarifs störe die Geschäfte und sei zweimal vom Volke verdammt worden, da er nur Trusts und Monopole gezüchtet, die Wenigen auf Kosten der Vielen bereichert, den Handel beschränkt und die Produzenten der großen amerikanischen Stapelartikel des Zugangs zu ihren natürlichen Märkten beraubt habe; das Programm greift das Oberbundesgericht an wegen der Wichtigkeitserklärung der Einkommensteuer und droht Umstoßung des Urtheils und Umgestaltung des Gerichtshofes an, damit die Steuern gerecht aufgelegt und der Reichthum dazu herangezogen werde; die amerikanischen Arbeiter seien gegen Konkurrenz zu schützen durch Verbot der Einführung fremder pauperisirter Arbeiter; die Anhäufung des Reichthums in den Händen Weniger, die Konsolidation der großen, mächtigen Eisenbahnen und die Bildung von Trusts und Monopolen fordern striktere Aufsicht und Kontrolle dieser Handelsarterien durch die Bundesregierung; die verschwenderischen Bewilligungen der letzten republikanischen Kongresse haben die Steuern unnatürlich hochgeschraubt. „Wir verurtheilen die willkürliche Gemischung der Bundesbehörden in lokale Angelegenheiten als eine Verletzung der Konstitution der Vereinigten Staaten und als ein Verbrechen gegen freie Institutionen, und erklären uns ganz speziell gegen die Regierung durch Inhaltsbefehle<sup>2</sup> als eine neue und höchst gefährliche Form der Bedrückung, mittelst welcher Bundesrichter, in Mißachtung der Staatsgesetze und Bürgerrechte, in einer Person Gesetzgeber, Richter und Gerichtsvollzieher werden“ . . . „wir sind zu Gunsten schiedsrichterlicher Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern im zwischenstaatlichen Verkehr und empfehlen den Erlass von Gesetzen zu diesem Zwecke“; die Pacifischen Eisenbahnen sollen nicht begünstigt werden; Cuba wird Sympathie ausgesprochen in seinem „helbenmüthigen Kampfe um Freiheit und Unabhängigkeit“; „wir sind gegen lebenslängliche Anstellung im öffentlichen Dienste, wir begünstigen Ernennungen nach Verdienst, bestimmte Amtsdauer und gleiche Gelegenheit für alle Bürger von anerkannter Tüchtigkeit“; das Programm fordert

<sup>1</sup> Ist gegen die Klausel in Kauf- und Miethskontrakten, Hypotheken und dergleichen gerichtet, die Zahlung in Gold stipulirt.

<sup>2</sup> Bezieht sich auf das Eingreifen der Bundesrichter in dem Pullman-Strife 1894 und Unterdrückung desselben durch Inhaltsbefehle (injunctions).

Instandhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit des Mississippi und aller großen Wasserstraßen des Landes durch die Bundesregierung und schließt „mit vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache und die Nothwendigkeit ihres Erfolgs an den Wahlurnen“.

Der berichtigte Politiker, Senator Hill von New York, brachte einen Minoritätsantrag ein zu Gunsten der Goldwährung und zur Anerkennung der Cleveland'schen Administration. Beide Anträge wurden verworfen und das Programm angenommen mit 628 gegen 301 Stimmen. William J. Bryan von Nebraska und A. S. Sewall von Maine wurden als Kandidaten für die Aemter des Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellt, wobei sich die Delegationen von New York, New Jersey, Massachusetts, Connecticut und New Hampshire gänzlich oder theilweise der Abstimmung enthielten.

William J. Bryan ist ein junger Anwalt und Politiker, erst 36 Jahre alt, war zweimal Kongreßabgeordneter, hat stark populistische Neigungen und ist ein begabter Redner. Seine Nomination soll er der glänzenden Rede verdanken, die er zu Gunsten des Programms und gegen Hill gehalten, womit er die Convention in außerordentlichem Enthusiasmus versetzt habe. Von besonderer Wirkung sei folgende Stelle gewesen, als er sich gegen die Delegationen des Ostens gewendet: „Wenn Ihr Euch vor uns stellt und sagt, daß wir Euer Geschäftsinteressen stören, erwidern wir, daß Ihr durch Euer Vorgehen unsere Geschäftsinteressen gestört habt. Ihr sagen Euch, daß Ihr das Wort „Geschäftsleute“ viel zu eng definiert. Der Mann, der um Lohn arbeitet, ist ebenso gut ein Geschäftsmann (business man) wie der ihn beschäftigende Unternehmer.“ Den größten Effekt erzielte er aber mit der Schlusssphrasen seiner Rede: „You shall not press upon the brows of labor the crown of thorns; you shall not crucify mankind on a cross of gold!“ „Ihr sollt auf die Stirn des Arbeiters keine Dornenkrone drücken; Ihr sollt das Volk nicht an das Kreuz von Gold schlagen!“ Der „New York Herald“ sagt davon „one phrase may make a president“, „eine einzige Phrase kann Einen zum Präsidenten machen“. Ein Spezialkorrespondent der „New York Evening Post“, eines heftigen Widersachers Bryans, beschreibt Letzteren wie folgt:

„Bryan hat einen reinen Schild, soweit es persönliche Ehrenhaftigkeit betrifft. Seinen ersten bemerkenswerthen Erfolg gewann er durch eine Rede über die Zollfrage im 52. Kongreß,<sup>1</sup> und an dem Silberkampf im 53. Kongreß nahm er starken Antheil. Die Entdeckung seiner großen Fähigkeit bewog die Zeitungen, ihn sofort in Prominenz zu bringen, und das Repräsentantenhaus war seitdem immer willig, seinen wohlabgerundeten Redefäßen jeder Zeit und über jede Frage zu lauschen. Nur wenige Redner sind im Kongreß in dieser Weise mehr geehrt worden. Die Folge davon war, daß er eine recht anständige Praxis als Rechtsanwalt aufgab, um sich dem Journalismus und der Politik zu widmen, die ihm ein größeres Operationsfeld für seine besondere Begabung zu bieten schienen. Er liebt die Häuslichkeit, und seine Frau und seine interessante junge Kinderschaar wurden wohl bekannt während seines Aufenthalts in Washington. Er ist allgemein beliebt, da seine gefälligen Manieren, sein gutes Temperament und achtungsvoller Verkehr nie versagen. Kurz gesagt, bildet er als Privatmann in jeder Weise einen Mustermenschen. Sein einziger Fehler liegt auf der öffentlichen Seite, denn seine schwärmerischen (visionary) Ideen in der Politik stempeln ihn thatsächlich zu einem Populisten, obgleich er dem Namen nach ein Mitglied der demokratischen

<sup>1</sup> Die Amtsdauer jedes Kongresses ist 2 Jahre. Der 52., 53., 54. Kongreß sind die Kongresse, deren Amtsdauer bis zum 104., 106., 108. Jahre seit Bestehen der Konstitution reicht.

Partei ist. Keine Vision ist zu schwärmerisch, kein Projekt zu hoch für ihn, wenn er überzeugt ist, daß es den Armen, den Unglücklichen und den Unfähigen helfen wird, selbst wenn es den Bundeschatz erschöpfen sollte.“

Derselbe Korrespondent sagt, daß die Nomination Bryans allgemein als eine aussichtsvolle betrachtet wird.

A. J. Sewall ist ein reicher Schiffbauer und Bankdirektor zu Bath in Maine. (Schluß folgt.)

## Das demokratische Prinzip und seine Anwendung.

Zum Goltzhaer Parteitag.

Der bevorstehende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird sich mit verschiedenen Fragen befassen, bei denen es sich um die Anwendung dessen handelt, was man gemeinhin das demokratische Prinzip zu nennen pflegt, d. h. das Prinzip der Entscheidung durch die Gesamtheit der Mitglieder der jedesmaligen relativen Gemeinschaft. Unter diese Definition wenigstens kann man alle Fälle einbeziehen, wo der Begriff demokratisch überhaupt anwendbar ist. Wir sprechen von demokratischem oder undemokratischem Verfahren auch in unpolitischen oder außerpolitischen Angelegenheiten, gebrauchen das Wort in Bezug auf private wie auf öffentliche Körperchaften.

Die Sozialdemokratie ist, wie schon ihr Name besagt, eine demokratische Partei, eine Partei, die demokratische Einrichtungen des öffentlichen Wesens, heute Staat genannt, erstrebt. Aber der Name besagt noch mehr. Er qualifiziert dieses Streben durch den Zusatz sozial. Dieser Zusatz ist so ausgelegt worden, als bedeuete er lediglich die Ausdehnung des Postulats der Gleichberechtigung vom Politischen auf das Soziale, bezw. Wirtschaftliche. Es ist aber richtiger, ihn so zu verstehen, daß die formelle Demokratie einem größeren Ziele neben- oder selbst untergeordnet wird, dem Streben nach wirtschaftlicher Gesellschaftsreform. Für die Sozialdemokratie sind demokratische Einrichtungen wesentlich Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck.

Indem wir dies niederschreiben, sind wir uns durchaus dessen bewußt, daß diese Definition zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden kann und mißbraucht worden ist. Aber dann wird oder ward sie eben mißbraucht. Um sie reaktionären Zwecken dienstbar zu machen, muß ihr ein anderer Sinn untergeschoben werden als der, den sie tatsächlich hat, muß das Verhältnis der Unterordnung in ein gegensätzliches umgedeutet werden. Es giebt keine sozialpolitische Reform, die zur Demokratie in einem inneren Gegensatz stünde; jede sozialpolitische Maßregel, die einen solchen Gegensatz birgt, die nicht auf die Demokratie hinwirkt, ist das Gegentheil von Reform. Denn Reform heißt nicht schlechtweg Umgestaltung, sondern progressive Umgestaltung, und gesellschaftliche Fortentwicklung heißt Erweiterung des Kreises der am Kulturleben vollen Antheil nehmenden Gesellschaftsglieder.

Dagegen braucht die rein politische, die formelle Demokratie nicht erst mißbraucht zu werden, um zum Hebel für reaktionäre Zwecke zu dienen. Sie hat sich wiederholt bei ganz legitimem Gebrauch als solcher bewährt, so daß sich in verschiedenen Ländern die sozialpolitisch reaktionärsten Parteien zur politischen Demokratie bekennen. In einigen Kantonen der Schweiz nennen sich die konservativ-klerikalen Demokraten, und es kann keinem Zweifel unterstehen, daß